

Geschäftsordnung

**des Auswahlausschusses im Verein
Regionalentwicklung Badisch-Franken e.V.**



Die folgende Geschäftsordnung legt ergänzend zur „Satzung des Vereins Regionalentwicklung Badisch-Franken e.V.“ die Arbeitsweise und die Entscheidungsfindung des Auswahlausschusses der LEADER-Aktionsgruppe des Vereins Regionalentwicklung Badisch-Franken e.V.“ fest.

§ 1

Name, Gebiet und Sitz der LEADER-Aktionsgruppe

1. Der Auswahlausschuss der LEADER-Aktionsgruppe, im Folgenden kurz AWS genannt, ist Organ des Vereins „Regionalentwicklung Badisch-Franken e.V.“. Er hat seinen Sitz bei der Geschäftsstelle an einer Dienststelle des Landratsamtes des Neckar-Odenwald-Kreises, gegebenenfalls an einer der Außenstellen im Landkreis.
2. Das LEADER-Aktionsgebiet umfasst die in der Satzung festgeschriebenen Städte und Gemeinden der Raumschaft Badisch-Franken.

§ 2

Zusammensetzung des Auswahlausschusses und Beschlussfassung

1. Der Auswahlausschuss besteht aus dem/der Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden und weiteren 28 Mitgliedern sowie deren Verhinderungsvertreter. Nach Bedarf können zusätzliche beratende Mitglieder bestellt werden. Vertreter der WiSo-Partner und Zivilgesellschaft bilden die Mehrheit. Der Frauenanteil im Gremium liegt bei mind. 40 %.
2. Mitglieder können alle für eine integrierte ländliche Entwicklung relevanten Akteure werden, die in der LEADER-Kulisse Badisch-Franken ansässig sind. In begründeten Fällen können aus strategischen Gründen Personen und Institutionen als Mitglieder in den AWS aufgenommen werden, die nicht im Gebiet ansässig sind, aber durch ihr Tun in die Region hinein wirken bzw. für die Zielerreichung von zentraler Bedeutung sind.
3. Die Vertreter bzw. Stellvertreter der Mitgliedsinstitutionen des AWS informieren die Institutionen, die sie vertreten, über die Entscheidungen und Vorhaben des AWS und tragen im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeitsfelder zum Gelingen des Regionalen Entwicklungskonzepts und der Projekte bei.
4. Vorsitzende/r des AWS ist die/der Vereinsvorsitzende bzw. deren/dessen Stellvertreter/in. Er/Sie vertritt den AWS nach außen.
5. Der AWS bildet seine Meinung durch Beschlussfassung. Die Auswahlentscheidung über Projekte darf nicht mehrheitlich mit Stimmen der Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften getroffen werden. (50% Mindestquorum der Mitgliedergruppe „Wirtschafts- und Sozialpartner sowie andere Vertreter der Zivilgesellschaft“). Es zählen die an der Abstimmung (Stimmabgabe oder Enthaltung) beteiligten

Stimmberechtigten. Die Beschlussfähigkeit (Anwesenheit einschließlich evtl. schriftlich vorgelegter Voten) ist für jede Auswahlentscheidung zwingend erforderlich.

6. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Mehrheit). Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden des Auswahl Ausschusses oder des von diesem/dieser mit der Sitzungsleitung beauftragten Vertreters.
7. Die Stimmabgabe erfolgt grundsätzlich offen. Auf Antrag kann der AWS jedoch auch eine geheime Abstimmung beschließen.
8. Bei Verhinderung eines Mitglieds kann dessen Stellvertreter oder eine vom verhinderten Mitglied ausdrücklich beauftragte Person, die derselben Gruppe (kommunale Gebietskörperschaft bzw. Wirtschafts- und Sozialpartner oder andere Vertreter der Zivilgesellschaft) angehört, an der Stimmabgabe beteiligt werden. Übertragung mehrerer Stimmen auf ein einzelnes Mitglied oder eine beauftragte einzelne Person ist jedoch nicht möglich.
9. Im Ausnahmefall ist auch die schriftliche Stimmabgabe verhinderter Mitglieder möglich. Schriftliche Voten sollten dem Vorsitzenden des AWS bis zum Beginn einer Sitzung vorgelegt werden. Über die Zulassung evtl. später eingehender Voten entscheidet der Vorsitzende des AWS.
10. In besonders begründeten Fällen kann der/die Vorsitzende des AWS ein Umlaufverfahren zur Entscheidungsfindung veranlassen. Hierzu gilt, dass von einer Zustimmung zum Beschlussvorschlag ausgegangen wird, wenn bis zu 10 Tage nach Versand der Unterlagen zum Umlaufverfahren keine Rückmeldung erfolgt. Hierauf wird im Anschreiben nochmals hingewiesen.

§ 3

Vermeidung von Interessenskonflikten

1. Mitglieder des AWS sind von den Beratungen und Entscheidungen zur Projektauswahl im AWS ausgeschlossen, wenn sie persönlich am Projekt beteiligt oder von diesem direkt betroffen sind. Betroffene Mitglieder des Auswahlgremiums bzw. Mitarbeiter/-innen des Regionalmanagements sind verpflichtet, Befangenheitstatbestände dem/der Vorsitzenden rechtzeitig anzuzeigen. Liegt eine Befangenheit bei Mitarbeitern/-innen des Regionalmanagements vor, dürfen sie sich weder im Vorfeld noch während der Beratung und/oder Abstimmung am Verfahren beteiligen. Eine persönliche Beteiligung liegt vor, wenn die Projektentscheidung ihm selbst, Angehörigen oder einer von ihm vertretenen natürlichen oder juristischen Person des Privatrechts einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil verschaffen würde.
2. Eine persönliche Beteiligung eines Mitglieds liegt vor, wenn die Projektentscheidung ihm selbst, Angehörigen oder einer von ihm vertretenen natürlichen oder juristischen Person des Privatrechts einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil verschaffen würde. Die Regelung des § 20 LVwVfG ist analog anzuwenden.
3. Eine persönliche Beteiligung liegt auch vor, wenn ein Mitglied des AWS wesentlich an der Genese des Vorhabens beteiligt ist. Hierzu zählt nicht die Beteiligung an Beratungen durch Fachausschüsse und/oder Beiratssitzungen. In den Fällen, in denen eine LEADER-Aktionsgruppe selbst Projektträger ist, stellt die Tatsache, dass der AWS nach dem üblichen Verfahren eine Auswahlentscheidung trifft, grundsätzlich keinen Interessenskonflikt dar.
4. Bei einem kommunalen Vertreter (z.B. Bürgermeister, Landrat) oder einem anderen öffentlichen Vertreter liegt kein Interessenskonflikt vor, wenn das Projekt nicht mit einem unmittelbaren persönlichen Vor- oder Nachteil für ihn selbst oder seine Angehörigen verbunden ist. Wirkt sich ein Projekt auf die Gebietskörperschaft oder öffentliche Stelle aus, die er vertritt (beispielsweise, weil das Projekt örtlich innerhalb

der Grenzen der Gebietskörperschaft liegt), ist dadurch alleine noch kein Interessenskonflikt begründet. In diesem Fall darf er an Beratung und Abstimmung im AWS über das Projekt teilnehmen.

5. Ist eine von einem Mitglied des AWS vertretene Gebietskörperschaft oder sonstige juristische Person jedoch Antragssteller bzw. Projektträger, ist eine Stimmberechtigung des jeweiligen Mitglieds im AWS zu versagen.
6. Die Mitwirkung eines wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Mitglieds an einer Auswahlentscheidung hat grundsätzlich jedoch nur dann die Ungültigkeit der Projektauswahlentscheidung zur Folge, wenn diese Mitwirkung für das Abstimmungsergebnis entscheidend war.

§ 4

Auswahlausschuss-Sitzungen

1. Je nach Geschäftsgang, aber mindestens zweimal im Kalenderjahr soll eine Sitzung des Auswahlausschusses stattfinden.
2. Der AWS wird vom/von der Vorsitzenden oder vom/von der stellvertretenden Vorsitzenden einberufen und geleitet. Im Verhinderungsfall wird vom/von der Vorsitzenden ein Vertreter mit der Sitzungsleitung beauftragt. Die Sitzungen sind in der Regel nicht-öffentlich. Die Sitzungsleitung kann Ausnahmen zulassen.
3. Der AWS wird mit einer Frist von 14 Tagen unter Mitteilung von Ort, Zeit sowie der Tagesordnung und ausreichender Vorabinformation zu den vorgelegten Projektanträgen eingeladen. Die Einladung zu den Sitzungen hat schriftlich auf dem Postweg oder per E-Mail zu erfolgen.
4. Über Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung ist am Beginn der Sitzung abzustimmen.
5. Alle Entscheidungen des AWS, die Projektbewertung, das Ranking der beschlossenen Projekte, die Feststellung der Beschlussfähigkeit etc., werden in geeigneter und nachvollziehbarer Art und Weise dokumentiert und von der Sitzungsleitung des AWS unterzeichnet. Außerdem sind alle Verfahrensschritte, die zur Vorbereitung dieser Entscheidungen beigetragen haben (korrekter Projektaufruf etc.) als auch die Nachbereitung (Information der Öffentlichkeit über Auswahlentscheidungen und Ablehnungsschreiben) in geeigneter und nachvollziehbarer Art und Weise vom Regionalmanagement zu dokumentieren. Dafür sind - soweit verfügbar - einheitliche Formulare der LEADER-Koordinierungsstelle zu verwenden, andernfalls vom Regionalmanagement geeignete eigene Vorlagen zu erstellen.

§ 5

Projektaufruf

Mit einem Vorlauf von 2-3 Monaten vor jeder Auswahlentscheidung veröffentlicht das Regionalmanagement im Auftrag des AWS einen Projektaufruf. Darin werden potenzielle Projektträger über das bestehende Förderangebot informiert.

Dieser Projektaufruf enthält die folgenden Informationen:

- Datum des Aufrufes
- Stichtag für die Einreichung der Anträge
- Voraussichtlicher Auswahltermin
- Adresse für die Einreichung der Anträge und Auskünfte zum Aufruf
- Themenbereiche (z.B. gesamtes REK oder einzelne Ziele/Maßnahmen bzw. Handlungsfelder), für welche Anträge eingereicht werden können

- Höhe des EU-Budgets, das für diesen Aufruf bereitsteht
- Hinweise auf die geltenden Auswahlkriterien
- Kontaktdaten für weitere Informationen und evtl. Fragen

§ 6

Projektauswahlkriterien

1. Das Regionalmanagement trägt dafür Sorge, dass dem AWS nur solche Projekte zur Beschlussfassung vorgelegt werden, die grundsätzlich förderfähig nach den Bestimmungen der Europäischen Union und des Landes Baden-Württemberg sind.
2. Der AWS entscheidet über jedes Projekt auf Grundlage der von ihm selbst beschlossenen Projektauswahlkriterien und einem darauf basierenden gewichteten Punktesystem (siehe Anlage zur Geschäftsordnung).
3. Jedes förderfähige Vorhaben muss dem AWS zur Entscheidung vorgelegt werden. Eine Vorauswahl ist nicht zulässig. Zudem müssen bei jedem Vorhaben alle Projektauswahlkriterien angewendet werden.
4. Die Förderwürdigkeit eines Vorhabens ist lediglich dann gegeben, wenn die dafür festgelegte Anzahl von 11 Punkten erreicht wird.
5. Eigene Vorhaben der LEADER-Aktionsgruppe werden ebenfalls auf der Grundlage der Projektauswahlkriterien und des Projektbewertungsbogens beurteilt. Sie sind jedoch nur förderfähig, wenn sie in besonderer Weise zur Umsetzung des REK beitragen. Eine Begründung ist erforderlich.
6. Das Regionalmanagement bzw. ein eingerichteter Fachausschuss kann dem AWS einen Bewertungsvorschlag als Diskussionsgrundlage unterbreiten.

§ 7

Projektauswahlverfahren

1. Die Anwendung der Auswahlkriterien und die dabei festgestellte Punktzahl je Vorhaben führen zu einem Ranking der Vorhaben. Die Vorhaben werden sodann in der Reihenfolge des Rankings unter Beachtung des ausgelobten Mittelvolumens durch Beschluss ausgewählt.
Bei Punktgleichheit mehrerer Vorhaben erfolgt zunächst eine genauere Betrachtung der vertiefenden Auswahlkriterien im Bereich „Das Projekt dient der Erreichung mehrerer Ziele des REK (Handlungsfeldziele)“. Dieser Bereich besteht aus 15 Kriterien (siehe Kriterium Nr. 1-15 der Auswahlkriterien). Das Vorhaben, welches in diesem Bereich mehr Punkte erreicht, ist im Ranking vorrangig zu behandeln.
Sofern bei Punktgleichheit mehrerer Vorhaben jedoch hier noch keine qualitative Abgrenzung im Ranking möglich ist, erfolgt in zweiter Instanz die Beurteilung ob das Projekt zur Stärkung privater und/oder gewerblicher Entwicklungsansätze beiträgt. Das Projekt, welches zur Stärkung privater und/oder gewerblicher Entwicklungsansätze beiträgt, ist sodann im Ranking vorrangig zu behandeln.
2. Für Vorhaben, die zwar die Mindestpunktzahl erreichen, für die aber keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, besteht die Möglichkeit des Nachrückens entsprechend des Rankings bis zur Veröffentlichung des nächsten Aufrufs zur Einreichung von Projektvorschlägen.
3. Die Vorhaben, die nicht zum Zuge gekommen sind, obwohl sie die Mindestpunktzahl erreicht haben, können gleichberechtigt an der nächsten Auswahlrunde teilnehmen. Hierfür ist jedoch eine erneute Antragstellung erforderlich.

4. Vorhaben, die bei Anwendung der Auswahlkriterien die Mindestpunktzahl nicht erreichen, sind nicht förderwürdig.
5. Das Ranking und die daraus folgende Auswahlentscheidung können nur von den Angaben ausgehen, die zum Zeitpunkt der Entscheidung relevant sind. Ergeben sich im Rahmen der Antragstellung bzw. nach Bewilligung wesentliche Änderungen eines Projekts, informiert die zuständige Stelle (RP bzw. L-Bank) das Regionalmanagement über die Änderung.

In den folgenden Fällen bedarf es dann eines erneuten Beschlusses des AWS:

- bei wesentlichen Änderungen des Projektinhalts,
- bei Erhöhung der beschlossenen Zuwendung,
- bei Kostensteigerungen über die festgelegte Kostenobergrenze.

Diese noch einmal beschlossenen Projekte müssen jedoch nicht erneut einem Ranking unterzogen werden.

6. Die vom Auswahlgremium ausgewählten Projekte werden der Öffentlichkeit des Aktionsgebiets in geeigneter Weise mitgeteilt.
7. Nach Abschluss einer Auswahl Sitzung informiert das Regionalmanagement die Antragsteller, deren Vorhaben zur Beratung in der Auswahl Sitzung vorgelegen haben, über das Ergebnis der Abstimmung. Die Antragsteller der Vorhaben, die anhand des Rankings zur Förderung ausgewählt wurden, werden über das weitere Antragsverfahren informiert. Die Antragsteller der abgelehnten Vorhaben, erhalten ein Schreiben, in dem die Ablehnung kurz begründet und auf die Möglichkeit eines Widerspruchs hingewiesen wird. Hierfür ist folgender Textbaustein zu verwenden:

„Sollten Sie allerdings mit der Entscheidung der Aktionsgruppe nicht einverstanden sein, so steht es Ihnen frei, die Bewilligung Ihres abgelehnten Vorhabens dennoch unmittelbar bei der zuständigen Bewilligungsstelle dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 32, Schlossplatz 4-6, 76131 zu beantragen.

Die Bewilligungsstelle wird dann über Ihren Antrag mit einem rechtsmittelfähigen Bescheid entscheiden.“

8. Um die Transparenz des Projektauswahlverfahrens sicher zu stellen, werden das REK in der jeweils geltenden Fassung, die Vereinssatzung, die Projektauswahlkriterien, die Mindestschwelle, die Besetzung des Auswahlgremiums sowie ggf. weitere relevante Informationen veröffentlicht.

§ 8

Projektbezogene, temporäre Arbeitsgruppen

1. Zur fachlichen Unterstützung kann der AWS projektbezogene, temporäre Arbeitsgruppen oder einen Beirat einsetzen. Sie haben beratende Wirkung.
2. Die projektbezogenen, temporären Arbeitsgruppen können sich sowohl aus Mitgliedern des AWS als auch aus weiteren Personen zusammensetzen.

§ 9

Regionalmanagement

1. Zur Durchführung der Aufgaben nach § 2 Abs. 3 kann sich der AWS der Geschäftsstelle des Vereins bedienen.
2. Die Aufgaben des Regionalmanagements sind insbesondere:
 - a) Beratung und Unterstützung des AWS,

- b) Führung der Geschäfte des AWS zwischen den Sitzungen,
- c) Einberufung der Sitzungen und Vorbereitung der Sitzungsunterlagen sowie Erstellung und Versendung der Niederschriften,
- d) Initiierung von neuen Projekten entsprechend der Ziele des REK's,
- e) Beratung von Projektträgern bei der Erstellung von qualifizierten Projektanträgen und Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden,
- f) Begleitung der Projekte bei der Antragstellung, bei der Umsetzung bis hin zu Monitoring- und Nachweispflichten,
- g) Planung, Durchführung und Abrechnung des Regionalmanagements,
- h) Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung im Rahmen von LEADER,
- i) Abstimmung mit anderen Planungen und Initiativen innerhalb der Region und mit anderen Regionen,
- j) Erledigung der vom AWS übertragenen Aufgaben.

§ 10

Entschädigung und Fahrtkostenerstattung AWS-Mitglieder

1. Die Mitglieder des Auswahlausschusses versehen ihre Ämter ehrenamtlich und erhalten keine Entschädigung hierfür.
2. Sofern Reisekosten nicht von dritter Seite erstattet werden können, trägt diese – gegen Nachweis des tatsächlich entstandenen Aufwands – die Geschäftsstelle. Es kommen die Bestimmungen des Reisekostengesetzes des Landes Baden-Württemberg zur Anwendung.

§ 11

Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt am 26.11.2018 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung des Auswahlausschusses im Verein Regionalentwicklung Badisch Franken e.V. vom 25.01.2018 außer Kraft.